

Für Sie im Landtag

Die offizielle Zeitung der FREIE WÄHLER LANDTAGSFRAKTION



Zukunftsweisend

Wie mit einer offensiven Gesundheitspolitik der Landflucht entgegengewirkt werden kann.

Lesen Sie auf Seite 4 und 5

Entscheidend

Wer die Energiewende in Bayern will, kommt an neuen Windkraftanlagen nicht vorbei.

Lesen Sie auf Seite 6 und 7

Dringlich

Schnelles Internet für alle, auch für

KEFIR ZUN GY ZUN GIVET FIN VILLE Hürde für das Volksbegehren die erste Hürde für das und die erforderlichen G9 und G8" genommen und die erforderlichen G9 und G8" genommen zu de G8" gen REIEN WAHLER haben die erste Hürde für das Volksbegehren der Abschaffung der Abschaffung der "Wahlfreiheit zwischen gesammelt. Nach der Abschaffung der "Wahlfreiheit zwischriften gesammelt. Mach der Abschaffung der "Wahlfreiheit zwischnichten gesammelt. Mach der Abschaffung der "Wahlfreiheit zwische RÜCKKEHR ZUM G9 ZUM GREIFEN NAHE! Unterschriften gesammelt. Nach der Abschaffung der Aus.

Studiengebühren steht nun das Turbo-Abi vor dem Aus.

Studiengebühren sie auf Seite 8 und 9

Seite 2 Seite 3

VORWORT



Liebe Leserinnen und Leser unserer Fraktionszeitung,

die Zukunft der Gesellschaft zu sichern und dabei den Menschen im Mittelpunkt zu sehen – das ist das Grundverständnis der Politik der FREIEN WÄHLER. Auf Bayern bezogen kann man das auch "Bayern-Plan" nennen. Nachhaltige, in sich schlüssige Konzepte sind gefragt, um dieses Ziel zu erreichen.

FREIE WÄHLER als Ideengeber

Energiewende vor Ort zulassen und Speichertechnologien auf breiter Basis einführen ist zielführender, als im Jahr 2013 auf Bundesebene für eine Braunkohlestrom-Trasse von Sachsen-Anhalt nach Bayern zu stimmen, sich dann aber ein halbes Jahr später empört davon zu distanzieren und obendrein Bürgerenergieprojekte in Bayern abzuwürgen. Dezentrale Energiemodelle machen diesen Trassen-Wahnsinn überflüssig.

Bei Grundschulklassen mit 28 Kindern und mehreren tausend teuer und bestens ausgebildeten, aber arbeitslosen Grundschullehrern ist es naheliegender, diese in den bayerischen Schuldienst zu übernehmen, anstatt sie als Wanderarbeiter nach Berlin zu vermitteln und zuhause den Mangel an individueller Förderung zu beklagen. Jahrelange Dauerklage wegen zu viel Lernstress am Gymnasium bei gleichzeitiger Warnung vor weiterer Stoffkürzung erforderte mehr Lernzeit für über 300 000 Gymnasiasten, anstatt ein "Flexijahr" für insgesamt 300 Schüler einzuführen.

Starke Kommunen bräuchten schon seit Jahren gezielte staatliche Unterstützung beim Breitbandausbau mit dem klaren Ausbauziel: "Jedem Haushalt ein Glasfaseranschluss", anstatt einer widerwilligen, die Wahrheit verdrängenden Flickschusterei.

Der Bayernplan ist ORANGE

Zweifellos haben die Wahlen 2013 und 2014 bei vielen Themen erkenntnisbeschleunigende Wirkung entfaltet. Wir FREIEN WÄHLER bleiben auch nach den Wahlen die Ideengeber der Staatsregierung und sind überzeugt, dass der Wähler diese Arbeit honorieren wird. Der Bayern-Plan ist orange.

Mit freundlichen Grüßen Ihr Hubert Aiwanger

Hubert Ainanger

Vorsitzender der **FREIE WÄHLER** Landtagsfraktion

INHALT

- Vorwort
- Rückblende: 2013 fiel die Uni-Maut
- 4 Wir haben den Bayern-Plan:
 Der Landflucht mit offensiver
 Gesundheitspolitik begegnen
- 6 Wir haben den Bayern-Plan: Energiewende gelingt nur mit Windkraft
- 8 Wir haben den Bayern-Plan: Schule braucht Zeit und Lehrer
- 10 Wir haben den Bayern-Plan:
 Glasfaserkonzept statt
 Notoperation beim
 Breitbandausbau
- 12 Nachgehakt: NSA-Spionage. Sind die Bürger vogelfrei?
- 14 Im Gespräch mit Tanja Schweiger MdL
- 16 Ihre Abgeordneten im Bayerischen Landtag
- 18 FREIE WÄHLER starten in die zweite Legislaturperiode
- 20 Neu in der Fraktion: Nikolaus Kraus
- Neu in der Fraktion: Gabi Schmidt
- Neu in der Fraktion: Benno Zierer
- 23 Fraktionsvorsitzender: Hubert Aiwanger
- 24 Der Vorstand
- 25 Passiert & Notiert
- 30 Zitate
- 2 Was–Wann–Wo



RÜCKBLENDE: 2013 FIEL DIE UNI-MAUT

Welch entscheidenden Einfluss direktes Engagement der Wähler auf die Regierenden haben kann, zeigte sich beim Volksbegehren zur Abschaffung der Studiengebühren. Unter dem Druck von mehr als 1,4 Millionen Eintragungen hat sich die Regierungsmehrheit im Bayerischen Landtag bewegt und die zuvor als "alternativlos" bezeichnete Bildungsgebühr im Eilverfahren wieder abgeschafft.

Volksbegehren zur Abschaffung der Studiengebühren

Jahrelang hatten sich die FREIEN WÄHLER im Landtag dafür eingesetzt, die von der CSU eingeführten Studiengebühren auf parlamentarischem Weg wieder abzuschaffen. Als hartnäckiger Gegner erwies sich dabei vor allem die FDP. Die 2013 aus dem Landtag gewählte Partei verteidigte noch über das Volksbegehren hinaus ihren Kurs der sozialen Bildungsauslese per Studiengebühren.

Voraussetzungen

Vor der Beantragung des Volksbegehrens stand - wie jetzt auch beim Volksbegehren zur Wahlfreiheit zwischen neun- (G9) und achtjährigem Gymnasium (G8) - die Sammlung von mindestens 25 000 Unterstützerunterschriften. Diese erste Hürde nahmen die FREIEN WÄHLER im Alleingang. Da die Staatsregierung das Volksbegehren für nicht verfassungskonform hielt, musste nach der Einreichung der Unterschriften der Bayerische Oberste Verfassungsgerichtshof über dessen Zulässigkeit befinden – und die Verfassungsrichter gaben den FREIEN WÄHLERN recht: Das Volksbegehren zur Abschaffung der Studiengebühren war rechtmäßig!

urchbruch für die Bürgerdemokratie

Binnen weniger Wochen schmiedeten die FREIEN WÄHLER ein breites, über den Landtag hinausreichendes Aktionsbündnis aus Bildungsverbänden, Bürgerinitiativen und Gewerkschaften. In ganz Bayern bildeten sich örtliche Aktionsgruppen, die über Monate die Kampagne vorbereiteten und schließlich das in der Geschichte der bayerischen Volksbegehren erfolgreichste Ergebnis ermöglichten.

Ohne den eigentlichen Volksentscheid noch durchzuführen, schaffte der Bayerische Landtag kurze Zeit danach die Studiengebühren endgültig wieder ab. GrundlagewardabeiderGesetzestextdes Volksbegehrens der FREIEN WÄHLER.

AZIT:

Für das von den FREIEN WÄHLERN initiierte Volksbegehren zur Abschaffung der Studiengebühren trugen sich binnen zweier Wochen 14,4 Prozent der Wahlberechtigten in die Unterschriftenlisten ein. Damit wurde das erforderliche Quorum von zehn Prozent klar übertroffen, was die CSU dazu zwang, im Landtag mit den FREIEN WÄHLERN gegen die Studiengebühren zu stimmen.

Kontakt:

Telefon: 089/4126-2924 / E-Mail: Michael.Piazolo@fw-landtag.de



Prof. Dr. Michael Piazolo MdL (München) Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst, hochschulpolitischer Sprecher, medienpolitischer Sprecher





Der Großraum München boomt. Bis 2030 soll die Einwohnerzahl des Ballungsraums um 24 Prozent auf 3,25 Millionen steigen. Der Zuwachs bringt Probleme mit sich: Vor allem der Verkehrsinfrastruktur stehen große Herausforderungen bevor. Dazu kommen Wohnungsmangel und fehlende Kindergartenplätze. Während die Landeshauptstadt vor einer Überlastung steht, droht anderswo in Bayern die Verödung.

Damit es nicht eines Tages heißt: Ärzte weg – Menschen weg!

Deshalb setzen sich die FREIEN WÄH-LER für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern ein. Wir haben dieses Staatsziel initiiert – heute steht es in der

Bayerischen Verfassung. So versuchen wir, die Attraktivität ländlicher Regionen zu stärken. Ganz entscheidend ist dabei die flächendeckende und wohnortnahe

medizinische Versorgung mit Haus- und Fachärzten, Krankenhäusern und einer funktionierenden notärztlichen Versorgung.

WIR HABEN DEN BAYERN-PLAN



Schlüssel zu einem effektiven Gesundheitsschutz: Hausärzte

Als erste Anlaufstelle koordinieren Hausärzte die gesamte Behandlung. Deshalb müssen sie für die Menschen gut erreichbar, in angemessener Nähe zum Wohnort niedergelassen sein. Doch schon jetzt gibt es Gemeinden, in denen Hausarztpraxen verwaist bleiben, weil sich keine Nachfolger finden lassen. Verschärft wird diese Situation durch die Altersstruktur: 23 Prozent der Hausärzte in Bayern sind älter als 60 Jahre.

Allgemeinmedizin muss höheren Stellenwert bekommen

Die finanzielle Förderung der Niederlassung im ländlichen Raum ist richtig. Doch hat der Hausarztmangel tieferliegende Ursachen, deren Beseitigung weitere Maßnahmen erforderlich macht. Die FREIEN WÄHLER fordern Hausarztverträge nach altem Recht. Es darf nicht sein, dass Hausärzte nur dann einen Mehrgewinn erwirtschaften können. wenn sie beim Patienten einsparen. Um Studenten für die künftige Arbeit als Hausarzt zu motivieren, sind Lehrstühle für Allgemeinmedizin an allen medizinischen Fakultäten in Bayern notwendig. Mit dem Ausbau der Weiterbildungsverbünde wird ein Beitrag zur Bekämpfung des Medizinermangels im ländlichen Raum geleistet.

arum soll ein Einser-Abiturient der bessere Arzt sein?

Die Zulassungsbeschränkung zum Medizinstudium muss überarbeitet werden. Einser-Abiturienten sind nicht notwendigerweise die besseren Ärzte. Wir fordern eine stärkere Berücksichtigung anderer Kriterien wie soziales Engagement, individuelle Motivation, praktische Erfahrungen und die Ergebnisse von Aufnahmetests. Neuere Untersuchungen zur hausärztlichen Versorgungssituation zeigen auch, dass eine weniger gute Abiturnote mit einer höheren Bereitschaft zur Selbständigkeit einhergeht.

Bedarfsgerechte Notarztversorgung sichern

Die FREIEN WÄHLER fordern eine angemessene Finanzierung und unbürokratische Zulassung der Notärzte. Bayern braucht eine flächendeckende und funktionierende Notarztversorgung. Weiße Flecken auf der Landkarte können wir uns nicht leisten. Die Bevölkerung muss darauf vertrauen können, dass ein Notarzt immer dann zur Stelle ist, wenn er gebraucht wird. Umgekehrt muss sich der Notarzt auf seine Honorierung verlassen können – unabhängig von bürokratischen Spitzfindigkeiten.

rankenhausfinanzierung: Reformen ja, aber richtig

Die wohnortnahe und flächendeckende Grundversorgung im Krankenhaus ist ernsthaft gefährdet. Knapp die Hälfte der bayerischen Krankenhäuser schreibt rote Zahlen. Gerade kommunale Einrichtungen, die für die Daseinsvorsorge entscheidend sind, haben erhebliche Probleme. Von Misswirtschaft einzelner Häuser kann nicht länger gesprochen werden. Es gibt vielmehr strukturelle Probleme mit der Krankenhausförderung. Die FREIEN WÄHLER plädieren für eine Anhebung der Investitionskostenförderung durch das Land und für eine grundlegende Reform der Krankenhausfinanzierung auf Bundesebene. Im Mittelpunkt muss dabei eine Art Sockelfinanzierung oder Bereitschaftspauschale für Krankenhäuser der Daseinsvorsorge stehen.

FAZIT:

Wer wirklich gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen und ein weiteres Abwandern aus dem ländlichen Raum verhindern will, muss die medizinische Versorgung – auch das Rettungswesen – rund um die Uhr sicherstellen. "Ärzte weg" bedeutet: Menschen weg. Für ländliche Kliniken ist eine Sockelfinanzierung notwendig. Die Allgemeinmedizin muss einen höheren Stellenwert bekommen und der Numerus clausus bei der Zulassung zum Medizinstudium gesenkt werden.

Kontakt:

Telefon: 089/4126-2978 E-Mail: Karl.Vetter@fw-landtag.de



Seite 6 Seite

WIR HABEN DEN BAYERN-PLAN

ENERGIEWENDE BRAUCHT BÜRGERBETEILIGUNG

Gestern noch dafür, heute dagegen: Unzuverlässigkeit und Sprunghaftigkeit sind zum Markenzeichen bayerischer Politik geworden. Dabei sind plötzliche Meinungswechsel Gift für die Energiebranche. Denn Planung und Bau von Kraftwerken und Stromleitungen benötigen einen Vorlauf von vielen Jahren. So ist es für den Wirtschaftsstandort Bayern verheerend, wenn bei laufenden Projekten stets damit gerechnet werden muss, dass einem die Staatsregierung die Grundlage entzieht.

Staatsregierung blockiert Energiewende

Unter dem Eindruck der Atomkatastrophe von Fukushima legte die Staatsregierung im März 2011 eine fulminante Wende hin. Wollte man zuvor von Windrädern nichts wissen, sollten nun zehn Prozent des Stromverbrauchs in Bayern durch die Installation von 1500 neuen Windrädern gedeckt werden. Und heute? Alles Schnee von gestern. Die erneute Kehrtwende läutete das Kabinett Anfang Februar mit der umstrittenen 10H-Regelung ein, wonach es in Bayern einen pauschalen Abstand der zehnfachen Windradhöhe zur Wohnbebauung geben soll. Bei den im Binnenland üblichen 200 m hohen Anlagen wäre das ein Abstand von 2000 m - das Aus für jeden Windpark.

Doch dazu müsste das Bundesbaugesetz geändert werden. So lange wollte der Ministerpräsident freilich nicht warten. Kurzerhand wies die Staatsregierung die Bezirksregierung von Mittelfranken an, die Fortschreibung der dortigen Regionalpläne nicht für verbindlich zu erklären. Damit lagen mehr als zwei Dutzend geplante Bürgerwindparks auf Eis. Die ohne jegliche Rechtsgrundlage erfolgte Weisung der Staatsregierung ist umso unverständlicher, weil die Bürger vor Ort bereits Millionen in das Projekt investiert hatten und es keinerlei Proteste gab. Damit nicht genug: Vor acht Monaten hat Ministerpräsident Seehofer im Bundesrat für das Bundesbedarfsplangesetz gestimmt. Darin wird die Notwendigkeit einer Höchstspannungsleitung von Sachsen-Anhalt nach Bayern festgestellt. Heute spricht sich Seehofer entschieden gegen den Bau von Stromautobahnen im Freistaat aus. Zwar hat sich die Sachlage seit Juni 2013 nicht verändert. Aber die Bürgerproteste gegen die geplante Trasse werden massiver. Ein Schelm, wer vor dem Hintergrund der bevorstehenden Kommunalwahlen Böses dabei denkt.

REIE WÄHLER für regionale Wertschöpfung und Bürgerbeteiligung vor

Auch plant die CSU im Einklang mit CDU und SPD auf Bundesebene deutliche Kürzungen bei der Vergütung für erneuerbare Energien. Die Eckpunkte zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zeigen klar, dass die Energiepolitik derzeit vor allem ein Ziel verfolgt: Die Wertschöpfung soll bei den großen Energiekonzernen bleiben. Deshalb wird die Energiewende systematisch madig gemacht. Wer die erneuerbaren Energien abwürgt, der will bei

Atom und Kohle bleiben. Dabei bietet die Energiewende riesige Chancen für Handwerk und Mittelstand und damit auch für den ländlichen Raum. Doch müssen Bürger und Kommunen bei der Umstellung auf erneuerbare Energien stärker eingebunden werden. Und die Wertschöpfung muss vor Ort bleiben. Nur so lässt sich bei der Bevölkerung die erforderliche Akzeptanz für die Energiewende gewinnen.

Wer die Energiewende in Bayern will, kommt an Biogas- und Solar-, vor allem aber an neuen Windkraftanlagen nicht vorbei. Die Windkraft ist die günstigste aller Energieformen, weil auf geringer Fläche viel Energie erzeugt werden kann. Allerdings wäre es falsch, mit Milliardenaufwand Offshore-Windkraftanlagen an der Nordsee zu betreiben und den Strom anschließend über extrem teure Höchstspannungsnetze nach Bayern zu transportieren. Den Energieriesen wird der Offshore-Strom mit satten 19 Cent je Kilowattstunde vergütet, während die Bürger für ihre eigene Stromproduktion aus der Region gerade einmal neun Cent je Kilowattstunde erhalten. Weniger dezentrale Energieversorgung in Bayern bedeutet mithin einen noch größeren Bedarf an Stromtrassen.



FAZIT

Die energiepolitischen Aktionen und Verlautbarungen der Staatsregierung gleichen einem Stück aus dem Tollhaus. Die FREIEN WÄHLER wollen die Energiewende vor Ort, als dezentrales Projekt unter Beteiligung von Bürgern und Kommunen, das lokale Wertschöpfungspotenziale eröffnet und neue große Leitungstrassen überflüssig macht. Dies gelingt nur mit Windkraft.

Kontakt:

Telefon: 089/4126-2147

E-Mail: Thorsten.Glauber@fw-landtag.de



Thorsten Glauber MdL (Pinzberg)
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender,
energiepolitischer Sprecher, verkehrspolitischer Sprecher,
wirtschaftspolitischer Sprecher, Sprecher für Bauen und Wohnen,
Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur,
Bau und Verkehr, Energie und Technologie.



WIR HABEN DEN BAYERN-PLAN

SCHULE BRAUCHT ZEIT UND LEHRER

Spätestens seit der Regierungserklärung von Ministerpräsident Seehofer ist die Bewahrung des Status quo das oberste schulpolitische Ziel. Von der CSU-Alleinregierung sind weder neue Stellen im Schulsystem noch eine Weiterentwicklung des Bildungssystems zu erwarten. "Stellenstopp" und "Ruhe an den Schulen" lauten die Parolen. Doch kann angesichts der anhaltenden Debatte um das Gymnasium und die im Schulsystem benötigten Lehrerstellen von "Ruhe" überhaupt keine Rede sein.

ultusminister auf Bildungsweg verirrt

Kultusminister Spaenle selbst sorgt für Unruhe und Verwirrung. Mit fünf anderen Bundesländern hatte er vereinbart, zeitgleich Probeklausuren in Deutsch, Englisch und Mathematik durchführen zu lassen. Die Botschaft dahinter: "Das bayerische Abitur ist bundesweit Spitze." Die Quittung folgte prompt. Bayerische Schüler schnitten in Mathematik schlechter ab als ihre Mitschüler. Anstatt sich aber mit den Ursachen auseinander zu setzen und die selbst verschuldeten Fehler zu analysieren, reagierte der Minister wie eigentlich immer in solchen Situationen: Er verfiel in hektischen Aktionismus. Zunächst sollte die erzielte Note in jedem Fall in die Abiturnote einfließen, dann die Kehrtwende: Die Schüler entscheiden nun selbst, ob die Note fürs Abitur zählt oder nicht.

Das sorgte für reichlich Unmut an den Gymnasien. Der Verbandsvorsitzende der Philologen, Max Schmidt, äußert sich in einem Rundschreiben enttäuscht und wütend. Die "alleinige Verantwortung für das jetzige Desaster" läge beim Kultusministerium. Dabei war das Ministerium bemüht, den Anschein zu erwecken, dass die Entscheidung mit dem Philologenverband und der Landeselternvereinigung abgestimmt worden sei.

Volksbegehren: Ja zur Wahlfreiheit zwischen G9 und G8

Auch in der Frage einer acht- oder neunjährige Gymnasialzeit hat sich der Philologenverband inzwischen für eine G9-Alternative ausgesprochen. Der Verband hat eine Arbeitsgruppe gebildet, die ein Konzept für ein neues G9 entwickeln soll und sich damit der Position der FREIEN WÄHLER angenähert. Wir wollen einen Volksentscheid herbeiführen mit dem Ziel, dass eine Wahlfreiheit zwischen G9 und G8 geschaffen wird. Das Volksbegehren ist notwendig, weil die CSU im Landtag nicht bereit ist, eine Debatte ohne ideologische Scheuklappen und Vorfestlegungen zu führen und unseren Gesetzentwurf zu G8/G9 abgelehnt hat. Das Volk soll diese Entscheidung nun selbst in die Hand nehmen und sich im Volksentscheid zur Frage der Wahlfreiheit G8/G9 direkt äußern.

Die bundesweite
Entwicklung in Richtung
G9 ist eindeutig und ich
warne davor, dass Bayern
dabei den Zug verpasst.

Schulen sollen auch Herz und Charakter bilden

Mit dem Volksbegehren verfolgen wir nicht das Ziel einer Gemeinschaftsschule mit Abituroption, sondern ein eigenständiges und starkes Gymnasium. Eine Schule, die ganz im Sinne des Artikel 131 der bayerischen Verfassung "nicht nur Wissen und Können vermittelt, sondern auch Herz und Charakter bildet." Vor diesem Anspruch kann das Vorhaben der Staatsregierung, viele gut ausgebildete junge Lehrkräfte auf die Straße zu setzen, nur als verheerend gewertet werden. Wie eine schriftliche Anfrage der FREIEN WÄHLER im Landtag zeigt, sieht der gültige Doppelhaushalt 2013/14 sogar einen Wegfall von 371 Stellen aus der so genannten "demografischen Rendite" vor.

Der jetzt ausgelobte Lehrerstellenerhalt bis 2018 war längst überfällig, die Staatsregierung übernimmt damit rechtzeitig vor den Verhandlungen zum Nachtragshaushalt die Forderungen der FREIEN WÄHLER, denen zufolge alle aus der demografischen Rendite frei werdenden Lehrerstellen an den Schulen belassen werden müssen. Bereits seit November haben wir im Landtag darauf hingewirkt, dass alle Lehrer-Planstellen im Schulsystem verbleiben müssen, damit wir den Ganztagsausbau, die Inklusion und kleinere Klassen auch tatsächlich realisieren können.



"EINE G9-ALTERNATIVE ERMÖGLICHT DIE NOT-WENDIGE ZEIT ZUR ENTSCHLEUNIGUNG UND WIRD ÜBERALL IN DEUTSCHLAND VON DEN BÜRGERINNEN UND BÜRGERN GEGENÜBER DER POLITIKEINGEFORDERT. SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER ERHALTEN SO DIE ZEIT, SICH PERSÖNLICH ZU ENTWICKELN UND ERWERBEN DIE KOMPETENZEN, DIE SIE ANDEN UNIVERSITÄTEN BENÖTIGEN." Günther Felbinge

Dabei handelt es sich um Lehrer-Planstellen, die aufgrund sinkender Schülerzahlen gestrichen werden sollen. Dieser Stellenabbau muss unverzüglich zurückgenommen werden. Dafür setzen wir uns mit Nachdruck bei den Verhandlungen zum Nachtragshaushalt ein. Unsere Forderung nach einer Garantie für den Verbleib der "demografischen Rendite" im Schulsystem hat die CSU-Fraktion freilich bereits abgelehnt. Bayerns Schulen stehen harte Zeiten bevor. Die Arbeit der FREIEN WÄHLER als kontrollierende und antreibende Opposition im Landtag ist so notwendig wie nie zuvor.



Günther Felbinger MdL (Gemünden)
Bildungspolitischer Sprecher,
sportpolitischer Sprecher,
Mitglied des Ausschusses für
Bildung und Kultus,
stellvertretender Vorsitzender des
Ausschusses für Fragen des
Öffentlicher Dienstes.

FAZIT:

Bei all den Versäumnissen und Fehlplanungen der vergangenen Jahre sind die angekündigten Stellenstreichungen ein weiterer trauriger Höhepunkt katastrophaler Bildungspolitik. Dieser Plan muss unverzüglich zurückgenommen werden. Außerdem fordern die FREIEN WÄHLER die Wahl zwischen G9 und G8. Durch die G9-Alternative können junge Menschen bei deutlich weniger Stress menschlich reifen und persönlich gefestigter zum Studium an die Hochschulen gehen."

Kontakt

Telefon: 089/4126-2938

E-Mail: Guenther.Felbinger@fw-landtag.de



Seite 10 Seite 11

WIR HABEN DEN BAYERN-PLAN

BREITBANDAUSBAU MUSS STAATSAUFGABE WERDEN



Warten auf schlüssige Konzepte der Staatsregierung

Was den Breitbandausbau betrifft, wurde von Seiten der Staatsregierung in den letzten Wochen viel geredet und angekündigt. Bis 2018 soll eine Milliarde Euro investiert werden. Dann soll Bayern digital erschlossen sein, so der Plan von Finanzminister Markus Söder. In der Praxis herrscht jedoch nach wie vor Stillstand. Von den 2056 bayerischen Kommunen hatten im Dezember 2013 nur zwei einen Förderbescheid. Mit den 500 Millionen Euro, die bis 2014 zur Verfügung stehen, ist praktisch nichts geschehen. Das Antragsverfahren ist schlichtweg zu kompliziert und nach wie vor hat sich die Staatsregierung immer noch nicht bereit erklärt, eine zentrale Rolle bei den wesentlichen Steuerungen und Investitionen zu übernehmen. Die Verbesserungen, die nun scheibchenweise vorgenommen werden, sind nur eine Art Notoperation. Doch wir brauchen ein schlüssiges Konzept - sonst klappt es mit dem Breitbandausbau nicht.

Bereits zu Beginn der Breitband-Debatte in der vergangenen Legislaturperiode

haben die FREIEN WÄHLER die Staatsregierung aufgefordert, Verantwortung zu übernehmen und den Ausbau selbst in die Hand zu nehmen. Aber unsere Verbesserungsvorschläge wurden ständig abgelehnt – angefangen von einer Erleichterung des Antragsverfahrens über die nötige Hilfestellung für Kommunen bis hin zu einer Aufstockung der Mittel. Im Dezember 2013 forderten die FREIEN WÄHLER die Regierung auf, alle Kabelverzweiger in Bayern mit Glasfaser auszustatten. Auch dazu gab es ein Nein.

CSU greift wie so oft Ideen der FREIEN WÄHLER auf – zu spät

Mittlerweile hat die CSU erkannt, dass die Ideen der FREIEN WÄHLER zielführend sind. Es gibt nun bayernweit 71 Beamte, die den Kommunen bei der Bewältigung des komplizierten Antragverfahrens zur Seite stehen. Außerdem wurden die Fördergelder um 500 Millionen Euro aufgestockt. Der Förderhöchst-

satz liegt inzwischen bei 90 Prozent und die Kabelverzweiger in ganz Bayern sollen mit Glasfaser versorgt werden. Generell sind all diese Schritte begrüßenswert. Aber die CSU kann sich das nicht allein auf die Fahnen schreiben. Die meisten Ideen stammen von den FREIEN WÄHLERN und werden nun von der CSU als ihre eigenen verkauft. Hätte die Regierung gleich zu Beginn der Debatte auf uns gehört, wären eine Menge Zeit und Geld gespart worden.

Denn die Änderungen beim Breitband-Förderprogramm müssen zunächst in Brüssel ratifiziert werden. Auch die Breitband-Berater, die in den Vermessungsämtern in ganz Bayern arbeiten, sind erst noch zu schulen. Das alles kostet wieder viel Zeit – und diese haben die Kommunen beim Breitbandausbau eigentlich nicht mehr. Vor allem die Bürgermeister in den wirtschaftsschwachen Regionen merken, dass sie allmählich den Anschluss verlieren.

Breitbandausbau im ländlichen Raum – es bleibt viel zu tun

Wie alarmierend die Situation für die Kommunen in den ländlichen Regionen ist, zeigt auch eine Studie des TÜV Rheinland (Stand Mitte 2012). Während in den größeren Städten wie München, Nürnberg, Landshut oder Regensburg der Ausbau von bis zu 50 Mbit/s schnellem Internet schon weit fortgeschritten ist und zwischen 82 und 89 Prozent der Haushalte erreicht, liegt dieser in den Kommunen der ländlichen Regionen oftmals bei null. Es gibt Gemeinden im Bayerischen Wald, in denen nur zwölf Prozent aller Haushalte überhaupt einen 6 Mbit/s Anschluss haben. Von einer zukunftsfähigen Versorgung, die über die bloße Grundversorgung hinausgehen muss, kann noch lange keine Rede sein. Um in Bayern auch beim Breitband gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen herzustellen, muss noch eine Menge getan werden. Allen voran muss die Regierung Verantwortung übernehmen – und den Ausbau von schnellem Internet zur Staatsaufgabe machen.



Alexander Muthmann MdL (Freyung) Sprecher für Regionalplanung und Landesentwicklung Mitglied des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

FAZIT:

Der Breitbandausbau ist eine zentrale Zukunftsherausforderung, weil nur so die Zukunft der ländlichen Regionen gesichert werden kann. Leider hat die CSU viel zu spät gemerkt, wie wichtig der Netzzugang für gleichwertige Lebensverhältnisse ist. Die FREIEN WÄHLER fordern seit jeher, dass der Breitbandausbau in Bayern zur Staatsaufgabe gemacht und von der Staatsregierung viel stärker koordiniert werden muss. Notwendig ist ein Glasfaseranschluss nicht nur für öffentliche Gebäude und Unternehmen, sondern auch für jeden einzelnen Haushalt in Bayern.

Kontakt:

Telefon: 089/4126-2798

E-Mail: Alexander.Muthmann@fw-landtag.de



Spita 12

KOTITIMIE.

NACHGEHAKT: NSA-SPIONAGE IN DEUTSCHLAND



US-Spähprogramme machen auch vor Bundeskanzlern nicht halt. Gerhard Schröder und Angela Merkel sind augenscheinlich selbst in ihrem privat-persönlichen Bereich Gegenstand US-amerikanischer Überwachung geworden. Ein Vorgang, der zu Recht Empörung auslöst und Fragen aufwirft!

Amerika, das Land der unbegrenzten Möglichkeiten!

Es wäre naiv zu glauben, dass, wer die Kanzlerin abhört, vor Wirtschaftsunternehmen oder dem einfachen Bürger Halt macht. Keiner darf so blauäugig sein zu glauben, dass sich Spionage an die Vorgaben des deutschen oder bayerischen Datenschutzbeauftragten hält. Auch bei der Spionage scheint zu gelten:

Amerika, das Land der unbegrenzten Möglichkeiten! Als ich mich so im Innenausschuss des Bayerischen Landtags geäußert habe, musste ich von der SPD harte Kritik einstecken. Das sei Antiamerikanismus. Russland, China, Nordkorea und vor allem Indonesien seien doch viel schlimmer. Ich bin weit

davon entfernt, die USA auf eine Stufe mit den Methoden dieser Staaten zu setzen. Aber der gravierende Unterschied liegt doch darin, dass die USA ein seit Jahrzehnten befreundeter Staat sind, mit dem wir in einem gemeinsamen Verteidigungsbündnis, der NATO, zusammenarbeiten. Finanz- und haushaltspolitischer Sprecher, Sprecher in Flüchtlings- und Vertriebenenfragen, Sprecher für Angelegenheiten der Bundeswehr, Mitglied des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Mitglied des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen.

Bernhard Pohl MdL (Kaufbeuren)



Kontakt: Telefon: 089/4126-2929 E-Mail: Bernhard.Pohl@fw-landtag.de

was haben wir selbst zum Desaster beigetragen?

Doch die Empörung über Amerika ist nur die eine Seite der Medaille. Wir müssen uns schon fragen, haben wir zu diesem Desaster nicht auch selbst beigetragen? Haben wir den Amerikanern nicht rechtlich und faktisch sogar Unterstützung geleistet? Es ist erstaunlich, dass die unter der Regierung Schröder verhandelte und von Frank-Walter Steinmeier unterschriebene Vereinbarung von 2002 nicht stärker thematisiert wird. Hier hat Deutschland den USA im Bereich der Datenerhebung weitreichende Kompetenzen eingeräumt. 2002, zu einer Zeit, als der Vier-Mächte-Status schon längst Geschichte war!

Welche Rolle spielte der Bundesnachrichtendienst? Was passierte oder passiert in Bad Aibling und in Gablingen bei Augsburg? Hier gibt es Tarnorganisationen der Bundeswehr, die offensichtlich vom Bundesnachrichtendienst zum Zwecke der Datenermittlung, -erhebung und -verwertung genutzt werden. Agiert Amerika auf bayerischem Boden mit Unterstützung von deutschen Sicherheitsbehörden?

Minister stehen wie

Besonders schockiert war ich, als ich im Sommer 2013 die Bundesminister Friedrich (Innen) und Leutheusser-Schnarrenberger (Justiz) sowie ihre bayerischen Kollegen Herrmann und Merk in einem umfangreichen Fragenkatalog um Auskunft bat. Alle haben mehr oder weniger deutlich erklärt, von den Sachverhalten nichts oder nur wenig zu wissen. Gerade Frau Leutheusser-Schnarrenberger, die Hüterin des Datenschutzes, verwies ziemlich blutleer auf zu verhandelnde internationale Abkommen und die Zuständigkeit des Verteidigungsministeriums. Ich habe in einer Pressekonferenz gesagt: "Unsere Minister stehen da wie die Trottel!" Damit habe ich die Situation beschrieben. dass in- und ausländische Geheimdienste besser informiert waren und sind als unsere Staatsspitze. Das darf nicht sein!

ückenlose Aufklärung ist Gebot der Stunde

Leider diskutieren Politiker verschiedenster Couleur dieses Problem nach

alten Strickmustern. Löst etwa die Gewährung von Asyl für Edward Snowden das Problem der Überwachung? Warum wird die Vorratsdatenspeicherung in den Mittelpunkt des Interesses gerückt? Weil ausländische Geheimdienste in ihren Aktivitäten weit über das hinausgehen, was irgendein ernst zu nehmender deutscher Politiker den einheimischen Sicherheitsbehörden gestatten will, stel-Ien wir unsere eigene Polizei in Frage? Weil die USA unsere Kanzlerin abhört, misstrauen wir unseren deutschen Beamten, mit einem rechtlichen Instrumentarium verantwortungsvoll umzugehen? Die FREIEN WÄHLER befürworten die Vorratsdatenspeicherung in verfassungsrechtlich gesteckten Grenzen für die Sicherheit der Bevölkerung in Deutschland. Unsere nationalen Sicherheitsbehörden brauchen dieses Instrument, um uns vor schweren Verbrechen zu schützen.

NSA und die Konsequenzen daraus werden uns noch länger beschäftigen. Restlos aufklären – die Bevölkerung informieren und dann die richtigen Schritte einleiten, um derartige Szenarien in der Zukunft zu verhindern – das ist das Gebot der Stunde!



Seite 14 Seite 15



rau Schweiger, als Mitglied im Petitionsausschuss des Bayerischen Landtags hatten Sie in der vergangenen Legislaturperiode die Möglichkeit, an den Menschen wirklich nah dran zu sein und so deren Sorgen und Nöte hautnah kennenzulernen. Nun gehören Sie dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit & Sport als stellvertretende Vorsitzende an. Auf den ersten Blick sind das doch sehr unterschiedliche Aufgabenbereiche?

Ich bin bayerische Abgeordnete. Und in dieser Funktion kümmere ich mich gerne um die Dinge, die für die Menschen in Bayern wichtig sind. Es gibt dreizehn verschiedene Ausschüsse, und die sollen möglichst sinnvoll von den Fraktionsmitgliedern besetzt werden. Ich war gern im Petitionsausschuss und freue mich jetzt auf die Aufgaben im Kommunalausschuss.

"Mir liegen die Kommunen am Herzen."

Worin sehen Sie die Schwerpunkte Ihrer politischen Arbeit?

Starke Kommunen, weil diese das direkte Lebensumfeld der Menschen gestalten; ausreichend Personal in Krippe, Kindergarten, Schule und im Pflegebereich sowie nicht zuletzt eine Energiewende mit den Bürgern. hat der Hochwasser 2013 hat der Hochwasserschutz erneut an Aktualität gewonnen. Heftig umstritten ist das Thema Flutpolder, dem Sie kritisch gegenüberstehen. Warum?

Weil die Menschen in meiner Heimat durch den Donauausbau und die Errichtung des Rhein-Main-Donau-Kanals bereits große Zugeständnisse hinsichtlich des Flächentauschs gemacht haben. Außerdem ist die Donau bei uns bereits um bis zu sieben Meter angestaut und mehrere hundert Meter breit.

Das bedeutet, dass sehr viele Menschen schon jetzt bis zu drei Meter unterhalb des Wasserspiegels wohnen.

"Argumente der Donauanlieger ernst nehmen."

Diese Anstauung hat zu einem Anstieg des Grundwassers um gut 90 cm geführt, so dass bei starken Regenfällen in vielen Häusern Grundwasser im Keller steht. Wir haben hier einen sehr wasserdurchlässigen Kiesboden, so dass ein Polderdamm knapp 20 Meter tief gespundet werden müsste, um die Auswirkungen auf das Grundwasser einigermaßen begrenzen zu können. Und dann darf dieser kein Loch haben...

Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass das Wasser dort aufgefangen und zurückgehalten werden sollte, wo es entsteht. Daher müssten wir viel mehr Rückhaltemöglichkeiten in der Fläche schaffen, Geländemulden nutzen, bereits bei Gewässern 3. Ordnung ansetzen und an allen Hängen mit den Schutzmaßnahmen beginnen. Die über 2 Milliarden Euro, die für den Hochwasserschutz veranschlagt sind, sollten vor allem im engen Schulterschluss mit den Ämtern für ländliche Entwicklung verbaut werden.

er NSA-Abhörskandal hat in Erinnerung gerufen: Zum sensiblen Bereich Innere Sicherheit gehören auch Cyberkriminalität und ausländische Wirtschaftsspionage. Wie kann man auf diese Herausforderungen angemessen reagieren?

Hier müssen wir als Bürgerinnen und Bürger viel sensibler werden. Ein durchschnittliches Handy wird pro Tag über 200mal angegriffen! Den Angriff selbst können wir zwar nicht verhindern. Doch können wir unsere Systeme besser sichern und wir sollten uns offensiv und frühzeitig um die Medienerziehung kümmern – bereits im Kindergarten.

ie sind kommunalpolitische Fraktionssprecherin. Was liegt Ihnen dabei besonders am Herzen?

Eine solide Finanzausstattung mit hoher Pauschalzuweisung, damit die Kommunen eigenverantwortlich ihre Aufgaben erfüllen können. Solange dies nicht gegeben ist, ist es mir wichtig, die Kommunen bei möglichst vielen Aufgaben zu unterstützen: vom Breitbandausbau und der Kinderbetreuung über die Ganztagsschule bis hin zur Betreuung von Flüchtlingen und dem sozialen Wohnungsbau.

Das Gespräch führte Dr. Werner Brecht

Zur Person

Tanja Schweiger (35) absolvierte nach Abitur und Ausbildung zur Bankkauffrau ein Betriebswirtschaftsstudium an der Universität Regensburg. Als Diplomkauffrau war sie von 1999 bis 2008 bei der Deutschen Bank AG tätig.

2008 wurde die Oberpfälzerin Mitglied des Gemeinderats Pettendorf und zog für die FREIEN WÄHLER in den Kreistag Regensburg ein, wo sie seit 2013 Fraktionssprecherin ist. Bereits 2009 wurde sie zur Bezirksvorsitzenden der FREIEN WÄHLER gewählt.

Als Mitglied des Bayerischen Landtages vertritt Schweiger seit 2008 die Interessen ihrer Heimat auf Landesebene. Von 2008 bis 2011 war sie Parlamentarische Geschäftsführerin der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion und von 2011 bis 2013 Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden.

Am 15. September 2013 wurde die Mutter eines Sohnes als Landtagsabgeordnete in den Stimmkreisen 301, 303, 304 und 305 (Amberg-Sulzbach, Neumarkt in der Oberpfalz, Regensburg-Land und Regensburg-Stadt) wiedergewählt. Sie ist stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport sowie Sprecherin für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion.



Kontakt: Telefon: 089/4126-2974 E-Mail: Tanja.Schweiger@fw-landtag.de



Seite 16 Seite 17

FREIE WÄHLER FRAKTION

IHRE ABGEORDNETEN IM BAYERISCHEN LANDTAG



"Wir haben den Bayern-Plan und werden damit die Staatsregierung im neuen Jahr weiter unter Druck setzen. Die CSU trifft derzeit einige Richtungsentscheidungen gegen Kommunen und die Interessen der Bürger. Dagegen wollen wir ankämpfen und die CSU bewegen, unsere Themen zu übernehmen."

Hubert Aiwanger

Die FREIE WÄHLER Fraktion im Bayerischen Landtag

Das bayerische Volk hat am 15. September 2013 das Landesparlament neu gewählt. Die FREIEN WÄHLER sind dabei erneut drittstärkste Kraft geworden und mit 19 Abgeordneten, darunter drei neu gewählten Parlamentariern, im Landtag vertreten.

Das höchste Entscheidungsgremium der Fraktion ist die Fraktionsversammlung. Dort werden die wichtigsten politischen Fragen diskutiert und es wird in der Regel eine gemeinsame Position abgestimmt. Die Fraktion tagt in allen Sitzungswochen am Dienstag und direkt vor dem Plenum am Mittwoch. Bei Bedarf werden auch zusätzliche Fraktionssitzungen angesetzt.

Die Arbeit der Fraktion muss geplant, koordiniert und organisiert werden. Dies ist die Aufgabe des Fraktionsvorstandes. Er berät die langfristigen Ziele und bereitet die aktuelle parlamentarische Arbeit vor. Die Entscheidungen treffen aber alle Abgeordneten nach fachlicher Vorberatung durch die Arbeitskreise in der Fraktionsversammlung. Die FREIE WÄHLER Fraktion benennt Sprecher, die zu bestimmten Themenbereichen die Fraktionsmeinung nach außen kommunizieren

Die gemeinsamen Ziele: gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern, Stärkung der Kommunen, flächendeckende Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum, Ausbau erneuerbarer Energien, Wahlfreiheit zwischen achtund neunjährigem Gymnasium.



Seite 18 Seite 19

FREIE WÄHLER STARTEN IN DIE ZWEITE LEGISLATURPERIODE





Hubert Aiwanger Fraktionsvorsitzender.

Sprecher für Bundes- und Europaangelegenheiten, iagdpolitischer Sprecher



Dr. Leopold Herz

Mitglied des Ausschusses für Frnährung, Landwirtschaft und Forsten.

Sprecher für Ernährung und Landwirtschaft



Bernhard Pohl

Kaufbeuren (Schwaben) Mitglied des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Mitglied des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten owie regionale Beziehungen.

Finanz- und haushaltspolitischer Sprecher, Sprecher in Flüchtlingsund Vertriebenenfragen, Sprecher für Angelegenheiten der Bundeswehr



Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer

sen hei Anshach (Mittel Mitglied des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst, Mitglied des Ausschusses für Gesundheit und Pflege.

Sprecher für Kultur, Sprecher für Pflege, Frankensprecher



Nikolaus Kraus

Mitglied des Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz.

Sprecher für Verbraucherschutz



Gabi Schmidt

Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration.

Familienpolitische Sprecherin, Sprecherin für Kinderbelange (Vorschulalter), Sprecherin für Arbeit, sozialpolitische Sprecherin



Dr. Hans Jürgen Fahn

Mitglied des Ausschusses für Bildung und Kultus, Mitglied des Ausschusses für Bundes- und Furopaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen.

Sprecher für Vertriebene, Flüchtlinge und Asyl, generationen- und entwicklungspolitischer Sprecher



Peter Meyer

al (Oberfranken) Vizepräsident des Bayerischen Landtags. Mitglied des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes, Mitglied des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen.

Sprecher für den öffentlichen Dienst, kirchenpolitischer Sprecher (ev.)



Tanja Schweiger

Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und

Sprecherin für Kommunale Fragen, Sprecherin für Innere Sicherheit



Günther Felbinger

Mitglied des Ausschusses für Bildung und Kultus, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des Öffentlichen Dienstes

Bildungspolitischer Sprecher, sportpolitischer Sprecher



Ulrike Müller

Missen-Wilhams (Schwaben) stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Mitglied des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Forstpolitische Sprecherin



Florian Streibl

nergau (Oberbayern) Parlamentarischer Geschäftsführer, Mitglied des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen.

Rechtspolitischer Sprecher, kirchenpolitischer Sprecher (kath.)



Benno Zierer

Mitglied des Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz, Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden

Sprecher für Umwelt- und Klimaschutz



Thorsten Glauber

Pinzberg (Oberfranken) stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

Energiepolitischer Sprecher, verkehrspolitischer Sprecher, wirtschaftspolitischer Sprecher. Sprecher für Bauen und Wohnen



Alexander Muthmann

Mitglied des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen.

Sprecher für Regionalplanung und Landesentwicklung



Dr. Karl Vetter

stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Mitglied des Ausschusses für Gesundheit und Pflege.

Gesundheitspolitischer Sprecher, sucht- und drogenpolitischer Sprecher



Eva Gottstein, Fichstätt (Oberbayern) Mitglied der Kinderkommission des Bayerischen Landtags, Mitglied des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport, Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozia-

les, Jugend, Familie und Integration.

Frauenpolitische Sprecherin, Sprecherin für Gleichstellung und jugendpolitische Sprecherin



Prof. Dr. Michael Piazolo

Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst.

Hochschulpolitischer Sprecher, medienpolitischer Sprecher



Jutta Widmann

Mitglied des Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie, Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden

Handwerkspolitische Sprecherin, mittelstandspolitische Sprecherin, Sprecherin für Gleichstellung









Lebensmittelvielfalt statt globaler Einheitsbrei.

Nikolaus Kraus

Qualitativ hochwertige Lebensmittel sind die Basis für ein gesundes Leben. Die regionale Erzeugung sorgt für eine bunte Vielfalt an Lebensmitteln. Der Kauf regionaler Produkte sichert Arbeitsplätze in der Heimat, vermeidet unnötige Transportwege, schont Ressourcen und schützt damit Umwelt und Klima. Eine nachhaltige Produktion von Lebensmitteln vor Ort nützt uns allen. Was ist Ihnen wichtig? Sprechen Sie mit mir oder informieren Sie sich auf www.fw-landtag.de

Der Mensch im Mittelpunkt!

Kontakt:

Telefon: 089/4126-2454

E-Mail: Nikolaus.Kraus@fw-landtag.de





Chancen geben und Potenziale entfalten.

Gabi Schmidt

Ich glaube fest an die Talente und Potenziale in jedem von uns. Es ist Aufgabe der Politik, Rahmenbedingungen für die Entfaltung dieser individuellen Energien und Fähigkeiten zu schaffen. Herausforderungen wie der demografische Wandel oder die wachsende wirtschaftliche Ungleichheit müssen pragmatisch und den regionalen Bedürfnissen entsprechend angepackt werden. Was ist Ihnen wichtig? Sprechen Sie mit mir oder informieren Sie sich auf www.fw-landtag.de

Der Mensch im Mittelpunkt!

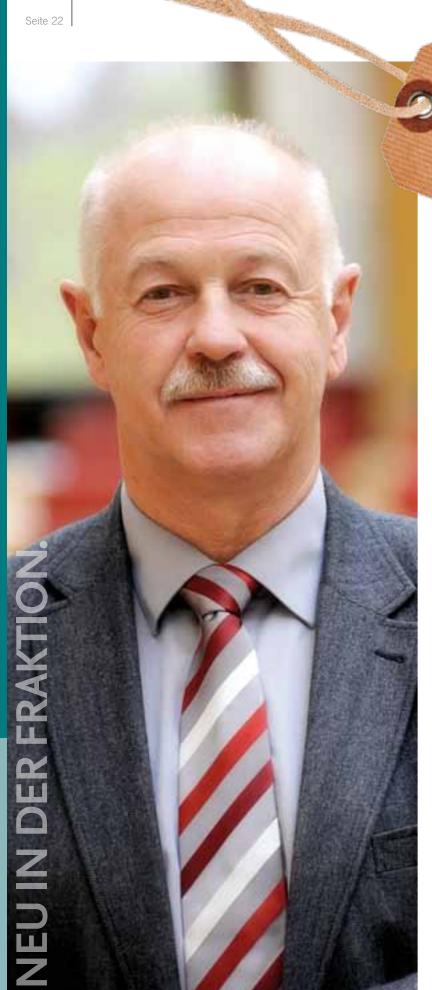
Kontakt:

Telefon: 089/4126-2932

E-Mail: Gabi.Schmidt@fw-landtag.de

1 IST MIR WICHTIG:
BRÜCKEN BAUEN FÜR EINE
BÜRGERFREUNDLICHE
GESELLSCHAFT.





IST MIR WICHTIG:

DIE BAYERISCHEN

KOMMUNEN BRAUCHEN

EINE BESSERE
FINANZAUSSTATTUNG.



Gestalten statt nur verwalten.

Benno Zierer

Deshalb müssen Städte und Gemeinden, Kreise und Bezirke mit ausreichenden Finanzmitteln ausgestattet werden. Denn die Politik vor Ort weiß am besten, wo das Geld sinnvoll und zum Wohl der Bürger eingesetzt werden kann. Was ist Ihnen wichtig? Sprechen Sie mit mir oder informieren Sie sich auf www.fw-landtag.de

Der Mensch im Mittelpunkt!

Kontakt:

Telefon: 089/4126-2147

E-Mail: Benno.Zierer@fw-landtag.de

"DIE FREIEN WÄHLER STEHEN FÜR GEZIELTE, LÖSUNGS-ORIENTIERTE POLITIK. VON DER GESUNDHEITSVERSOR-GUNG BIS ZUR VERKEHRSPOLITIK GIBT ES IN BAYERN VIELE OFFENE BAUSTELLEN. DIE FREIEN WÄHLER HABEN DEN BAYERN-PLAN, DIE IDEEN DER

FREIEN WÄHLER BRINGEN BAYERN

VORAN."

Hubert Aiwanger

Fraktionsvorsitzender

München, 24. September 2014

Hubert Aiwanger ist erneut zum Fraktionsvorsitzenden der FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag gewählt worden. Die Fraktion hat ihn einstimmig (mit 18 Ja-Stimmen und einer Enthaltung) im Amt bestätigt. Alle 19 Abgeordneten waren im Landtag zusammengekommen, um sich als Fraktion zu konstituieren.



FREIE WÄHLER IM LANDTAG

DER FRAKTIONSVORSTAND



Der neue FREIE WÄHLER Fraktionsvorstand.

Damit mit der politischen Arbeit sofort begonnen werden kann, hat die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion bereits auf ihrer konstituierenden Sitzung am 24. September 2013 ihren Vorstand bestimmt: den Fraktionsvorsitzenden sowie dessen drei Stellvertreter und den Parlamentarischen Geschäftsführer.

Hubert Aiwanger bleibt Vorsitzender der drittstärksten Fraktion im Bayerischen Landtag. Der Niederbayer wurde ohne Gegenstimme – mit 18 Ja-Stimmen und einer Enthaltung – wiedergewählt. Auch der Oberbayer Florian Streibl wurde als Parlamentarischer Geschäftsführer im Amt bestätigt. Dafür gibt es drei neue

stellvertretende Fraktionschefs: Ulrike Müller aus dem Allgäu, den Oberpfälzer Dr. Karl Vetter und den Oberfranken Thorsten Glauber.

Kraft Amtes gehört dem Fraktionsvorstand außerdem der Landtagsvizepräsident Peter Meyer an. Der Oberfranke wurde mit großer Mehrheit erneut ins Präsidium des Landtags gewählt.

ie Arbeit des Vorstandes

Der Fraktionsvorstand kommt in den Sitzungswochen des Parlaments jeden Dienstag vor der Fraktionssitzung zusammen. Besprochen werden die anstehenden politischen Entscheidungen sowie wichtige organisatorische Fragen der Fraktion, und die Fraktionssitzungen werden vorbereitet.

Für die Koordinierung der parlamentarischen Aufgaben ist der Parlamentarische Geschäftsführer zuständig. Der Fraktionsvorsitzende repräsentiert die Fraktion nach außen. Dazu gehört, dass er im Plenum wichtige Reden übernimmt oder in den Medien auftritt. Die Stellvertreter koordinieren die politischen Arbeitskreise, verantworten die Öffentlichkeitsarbeit, das Personalwesen oder die Finanzen der Fraktion.

WAS SONST NOCH BEI DEN FREIEN WÄHLERN LOS WAR

PASSIERT CX NOTIER

Dienstag, 11. Februar

Antrag – im Landtag: "Einführung von Volksabstimmungen bei europapolitischen Entscheidungen von besonderer Tragweite." Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordert die Staatsregierung auf, im Bund eine Grundgesetzänderung anzustoßen, die bei der Übertragung wichtiger Kompetenzen oder finanzieller Leistungen Deutschlands auf europäischer Ebene eine bundesweite Volksabstimmung vorsieht.

Samstag, 8. Februar

Nur dem massiven Einsatz von Bürgern und den FREIEN WÄHLERN ist es zu verdanken, dass nach monatelanger Ungewissheit über die Zukunft des Bürger-Windenergieprojekts Langenzenn endlich der Startschuss fällt. Gabi Schmidt. MdL aus Mittelfranken und Fraktionschef Hubert Aiwanger sind beim Spatenstich dabei. Schmidt äußert ihre große Erleichterung über das erreichte Etappenziel: "Wir sind froh, dass die Staatsregierung einen Sinneswandel vollzogen und sich am Ende doch noch an geltendes Recht gehalten hat." Im Dezember hatte Langenzenn für Schlagzeilen gesorgt: Fünf Windräder sollten entstehen, die Millioneninvestition stammte von Bürgern selbst, Proteste gegen das Projekt gab es keine. Doch die zuständige Bezirksregierung erteilte

keine Baugenehmigung. Aiwanger, Schmidt, Ulrike Müller und der energiepolitische Sprecher Thorsten Glauber hatten sich vor Ort selbst ein Bild gemacht, mit den betroffenen Bürgern gesprochen und die Staatsregierung mehrfach aufgefordert, ihren Widerstand gegen die überfällige Genehmigung aufzugeben.





Seite 26 Seite 27

FREIE WÄHLER IM LANDTAG

WAS SONST NOCH BEI DEN FREIEN WÄHLERN LOS WAR

PASSIERT & NOTIERI



Freitag, 7. Februar

Fraktion vor Ort im Oberallgäu: Die Abgeordneten Ulrike Müller, stellvertretende Vorsitzende, und Dr. Leopold Herz, agrarpolitischer Sprecher, informieren sich über Probleme der innerörtlichen Entwicklung in Altusried, das vorbildliche ehrenamtliche Engagement der bekannten Altusrieder Freilichtbühne sowie die Vermarktung regionaler Produkte durch das Emmentaler-Werk in Kimratshofen.

Donnerstag, 6. Februar

Fraktion vor Ort in Plech (Oberfranken): Die Abgeordneten Ulrike Müller (Schwaben), Gabi Schmidt (Mittelfranken) sowie Peter Meyer (Oberfranken) diskutieren mit Mandatsträgern und Bevölkerung über die Bürgerenergiewende. Landtagsvizepräsident Meyer hob die Doppelzüngigkeit von Ministerpräsident Seehofer in Fragen der Energiewende hervor: "Seehofer trägt den Namen .Drehhofer' zu Recht. denn die Stromtrasse, von der er angeblich nichts gewusst haben will, haben seine eigenen CSU-Parteifreunde im vergangenen Jahr als Bundesgesetz mit verabschiedet." Ulrike Müller warnt vor Naturzerstörung, heftigen Bürgerprotesten und

den gewaltigen Kosten der umstrittenen Hochspannungstrasse von Sachsen-Anhalt nach Bayern: "Es ist politisch gewollt, dass der Strom aus dem Norden kommt und wir Steuerzahler künftig für dessen Transport auch noch teuer bezahlen müssen. Während mit der geplanten Trasse in erster Linie die Interessen der Braunkohle-Lobby bedient werden, zieht man gleichzeitig beim modernsten Gaskraftwerk Baverns in Irsching den Stecker. Anstatt umweltfreundliche Gaskraftwerke auszulasten, wird die extrem umweltbelastende Kohleverstromung aus den Abbaugebieten der neuen Bundesländer nach Bayern weiter vorangetrieben."

Montag, 27. Januar

Die stellvertretenden Vorsitzenden der Landtagsfraktion, Ulrike Müller und Dr. Karl Vetter, kommen im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Fraktion vor Ort" mit lokalen Mandatsträgern aus Weiden zusammen. Dabei setzen sie sich für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern ein. "Wir haben dieses Staatsziel initiiert", sagt Dr. Vetter, "heute steht es in der Bayerischen Verfassung. So versuchen wir. auch die Attraktivität ländlicher Regionen wie Weiden zu stärken." Bei den Stadtwerken Weiden informieren sich die Parlamentarier mit Hubert Aiwanger an der Spitze über den geplanten Aufbau eines regionalen Stromnetzes.

Mehr hierzu unter www.otv.de/mediathek/video/freiewaehler-vor-ort/

Freitag, 24. Januar

Ein entscheidungsstarkes Jahr kündigt Fraktionschef Hubert Aiwanger beim Neujahrsempfang der Landtagsfraktion an: "Wir wollen die Regierung weiter auf Trab halten. Wir wollen aus der Opposition heraus unsere guten Ideen umsetzen und wir werden nicht müde, so lange auf die Agierenden einzuwirken, bis sie unsere vernünftigen Politikansätze übernehmen."

Mehr hierzu unter www.youtube.com/user/fwlandtag

Donnerstag, 23. Januar

FREIE WÄHLER präsentieren Positionspapier zur Energiepolitik. CSU und SPD gefährden mit ihren jüngsten Plänen zur Energiepolitik die Abkehr von der Atomund Kohleverstromung. Thorsten Glauber, stellvertretender Vorsitzender und Energie-Experte der Fraktion, befürchtet, dass die Staatsregierung mit ihrer Anti-Windkraftpolitik die Energiewende an die Wand fahren lassen will. Besonders absurd sei, dass die Staatsregierung fortwährend Stimmung macht gegen die Windkraft im Binnenland, die günstigste aller erneuerbaren Energien, und gleichzeitig die hohen EEG-Kosten beklagt. Die FREIEN WÄHLER wollen die Bürger vor Ort beteiligen und Wertschöpfung in der Region schaffen, statt großen Energiekonzernen die Profite zu sichern.



Seite 28 Seite 29

FREIE WÄHLER IM LANDTAG

WAS SONST NOCH BEI DEN FREIEN WÄHLERN LOS WAR

PASSIERT & NOTIERI







Mittwoch, 22. Januar

Dringlichkeitsantrag: "Gentechnik in der EU ablehnen – Beitritt zum 'Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen'". Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die Maissorte Pioneer-Mais 1507 keine Anbauzulassung erhält und dass keine weiteren gentechnisch veränderten Pflanzen in der EU zugelassen werden. Des Weiteren wird die Staatsregierung aufgefordert, dem "Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen" umgehend beizutreten.

Dienstag, 21. Januar

Antrag: "Haftpflichtfonds für Hebammen – Sicherstellung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung durch Hebammen!" Mit großer Besorgnis blickt die Landtagsfraktion auf die Situation der Hebammen in Bayern. Die Entwicklung der Versicherungsprämien zur Berufshaftpflicht sei beunruhigend. "Es gibt wohl wenige Tätigkeiten, die für die Gesellschaft so wichtig und grundlegend sind, wie Kindern gesund auf die Welt zu helfen", sagt Tanja Schweiger MdL.

Mittwoch, 8. Januar

Auf ihrer Winterklausur vom 8. bis 10. Januar 2014 in Donaustauf beschäftigen sich die Abgeordneten mit der Sicherung einer flächendeckenden medizinischen und notärztlichen Versorgung auch im ländlichen Raum. Dr. Karl Vetter, gesundheitspolitischer Fraktionssprecher: "Die Versäumnisse der Staatsregierung lassen sich inzwischen direkt in den Abwanderungszahlen aus dem strukturschwachen ländlichen Raum in die bayerischen Metropolregionen messen. Ein weiteres Schwerpunktthema der Klausur ist neben der Energiewende die Straßenfinanzierung ohne Maut.

Dienstag, 17. Dezember

Fraktion vor Ort: Hubert Aiwanger, Ulrike Müller und die sozialpolitische Sprecherin Gabi Schmidt machen sich vor Ort ein Bild von der aktuellen Situation der GBW-Mieter in Erlangen. Die FREIEN WÄHLER haben von Anfang an vor einem Verkauf der GBW-Wohnungen an profitorientierte Erwerber gewarnt und sehen sich jetzt in ihren Befürchtungen bestätigt.

Donnerstag, 14. November

Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄH-LER – "Garantie für Lehrerstellen: Demografische Rendite muss im Schulsystem bleiben." Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Garantie abzugeben, dass auch bei sinkenden Schülerzahlen die Lehrerstellen im Schulsystem bleiben

Dienstag, 15. Oktober

FREIE WÄHLER reichen Gesetzentwurf zur Wahlfreiheit G9/G8 an Gymnasien ein. Das G8 soll zwar weiterhin erhalten bleiben, die Schulen sollen aber die Möglichkeit bekommen, nach einer Entscheidung des jeweiligen Schulforums wieder zu einer neunjährigen Gymnasialzeit zu wechseln oder beides (G8 und G9) an einer Schule anbieten zu können.



FREIE WÄHLER IM LANDTAG

ES IST DIE MASCHE DER CSU, ZU HAUSE DEN TRACHTENANZUG SPAZIEREN ZU TRAGEN, UND IN BRÜSSEL DIE HEIMAT ZU VERKAUFEN

"Neue Biogasanlagen wird es von nun an nicht mehr geben, da diese ohne eine Förderung der nachwachsenden Rohstoffe nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden können."



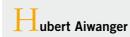
stellvertretende Fraktionsvorsitzende und forstpolitische Sprecherin der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

"Wir FREIEN WÄHLER sind der Überzeugung, dass Schülerinnen und Schüler zum Lernen und Verstehen Zeit brauchen. Deshalb kämpfen wir für eine Wahlfreiheit zwischen acht- und neunjährigem Gymnasium."



bildungspolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

"Am Ende der Mautdebatte werden den Deutschen ihre Autobahnen nicht mehr gehören. Dann werden die deutschen Autofahrer von ausländischen Betreiberfirmen abkassiert, bei denen der Verkehrsminister im Aufsichtsrat sitzt. Der ausländische Autofahrer ist der Köder, mit dem der deutsche Wähler und Autofahrer in die Falle gelockt wird."



Vorsitzender der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

"Nach der dritten Rolle rückwärts in der Energiepolitik ist nur eines offensichtlich: Die Staatsregierung will die Energiewende aktiv verhindern."

Thorsten Glauber

stellvertretender Fraktionsvorsitzender und energiepolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

"Dieses Wegducken von CDU/CSU/SPD vor den Gesundheitsgefahren für Natur und Bevölkerung ist ein bitterer Vorgeschmack darauf, wie "kraftvoll" sich diese Herrschaften beim Freihandelsabkommen mit den USA für die Interessen Deutschlands und Europas einsetzen. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung will keine gen- und hormonveränderten Lebensmittel, genau das wird aber auf uns zukommen. Es ist höchste Zeit, dass diese Interessenvertreter der Lobbyisten bei den bevorstehenden Kommunal- und Europawahlen vom Bürger die rote Karte bekommen. Das ist die einzige Sprache, die sie verstehen."



Vorsitzender der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

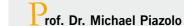


Hubert Aiwanger

Vorsitzender der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

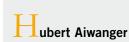
"Wer in Bayern Lehrerstellen streicht, ist ein Unruhestifter."

Bevölkerung vorbei diskutiert, beraten und beschlossen wird."



Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst und hochschulpolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

"Wir tanzen nicht nur in München um die Mariensäule herum, wir gehen auch in die ländlichen Räume. Bevor wir in München eine zweite S-Bahn-Stammstrecke oder eine dritte Startbahn bauen, sagen wir: Stärkt erst mal den ländlichen Raum!"



Vorsitzender der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

"Die Europäische Union soll die Finger von unserem Meister lassen, wir benötigen keine Angleichung auf ein immer niedrigeres Ausbildungsniveau – schon gar nicht EU-weit."

Jutta Widmann

mittelstands- und handwerkspolitische Sprecherin der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

"Die Bayerische Staatsregierung hat eine Fürsorgepflicht für ihre Bürger und Unternehmen. Sie hat die Aufgabe, diese wirksam gegen Datenspionage zu schützen."

Tanja Schweiger

innenpolitische Sprecherin der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion und stellvertretende Vorsitzende des Innenausschusses im Bayerischen Landtag

"Ministerpräsident Seehofer ist anzuraten, künftig bevorzugt Generalsekretäre auszuwählen, die nicht promoviert haben. So käme es nach den Fällen zu Guttenberg und Scheuer nicht zu noch mehr Peinlichkeiten, die vor allem im Hinblick auf den unsäglichen CSU-Slogan "Wer betrügt, der fliegt" geradezu absurd wirken."



Parlamentarischer Geschäftsführer und rechtspolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion



Seite 32 www.fw-landtag.de



WAS-WANN-WO IMPRESSUM

20. Februar 2014 Fraktion vor Ort, Oberstdorf (Schwaben) 21. Februar 2014 Fraktion vor Ort, Mammendorf (Oberbayern) 24. Februar 2014 Fraktion unterwegs, Graben (Schwaben) 28. März 2014 Parlamentarischer Abend, "Hochwasserschutz", Maximilianeum, München (Oberbayern) 4. - 6. April 2014 Informationsstand der Landtagsfraktion auf der Messe "Die 66", München (Oberbayern) 5. - 13. April 2014 Informationsstand der Landtagsfraktion auf der Messe "AFA", Augsburg (Schwaben) 28. - 29. April 2014 Klausur der Landtagsfraktion, Erlangen/Fürth (Mittelfranken) 16. Mai 2014 Parlamentarischer Abend, "Ehrenamt", Maximilianeum, München (Oberbayern)

Impressum

Dirk Oberjasper, Pressesprecher und Leiter der Pressestelle Idee, Konzept und Redaktion: Dr. Werner Brecht, Referent für Öffentlichkeitsarbeit und Presse Grafische Umsetzung: Follow Me

Bilder: Arweck, Bildarchiv Bayerischer Landtag, Dr. Werner Brecht, Michael Eder, Nicolai Hartung, Rolf Poss

V.i.S.d.P.: Thorsten Glauber MdL

Für Sie im Landtag

Die offizielle Zeitung der FREIE WÄHLER LANDTAGSFRAKTION



WOLLEN SIE WEITERHIN KOSTENLOS ÜBER DIE ARBEIT DER FREIE WÄHLER LANDTAGSFRAKTION INFORMIERT WERDEN?

Einfach Formular ausfüllen und unterschreiben! Per Post an: **FREIE WÄHLER** FRAKTION im Bayerischen Landtag, Maximilianeum, Max-Planck-Str. 1, 81627 München oder per Fax: +49 (0) 89 / 41 26-16 43 bzw. online: www.fw-landtag.de/fraktionszeitung (BITTE IN DRUCKBUCHSTABEN AUSFÜLLEN)

(BITTE IN DRUCKBUCHSTABEN AUSFULLEN)	
Vorname:	Name:
Straße, Nr.:	PLZ:
Wohnort:	E-Mail:
Ich möchte die Fraktionszeitung und weitere Informationen per □ Post □ E-Mail erhalten.	
Ort. Datum. Unterschrift:	